

Anfragen zum Plenum

in der 21. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob der Freistaat in den zurückliegenden 12 Monaten Liegenschaften im Gebiet München – Hartmannshofen verkauft oder anderweitig veräußert hat (bitte auch bestehende Verkaufsangebote angeben), hat die Staatsregierung in den zurückliegenden 12 Monaten mit der Landeshauptstadt München Gespräche über die weitere Entwicklung des Stadtteils Hartmannshofen und den möglichen Umgang mit den staatlichen Liegenschaften (z. B. Zwischennutzung, Erbpacht, Stadtentwicklung usw.) geführt und welche langfristigen Ziele verfolgt die Staatsregierung mit Blick auf das Management der staatlichen Liegenschaften in dem Stadtteil (bitte insbesondere auf die Punkte Zwischennutzung, Grundstücksverkäufe und Stadtentwicklung eingehen)?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der derzeitige in staatlichen Behörden und Stellen bekannte Beschwerdestand von Bürgerinnen und Bürgern zu Flugbewegungen und daraus resultierender Emissionen – vornehmlich unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes – im Zuständigkeitsbereich des Albrecht-Dürer-Flughafens in Nürnberg und welche politischen Ableitungen trifft die Staatsregierung daraus, gegebenenfalls im Rahmen der geographischen Gleichbehandlung der Regionen in Bayern als Miteigentümerin des Nürnberger Flughafens auf einen Stopp der Flüge auch in Nürnberg von 23 Uhr bis 5 Uhr hinzuwirken?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch beläuft sich für das Jahr 2022 der tatsächliche Ausgabereis aus den nicht verbrauchten Feuerschutzsteuerermitteln der Vorjahre und welche Veränderung ergibt sich hier im Vergleich zu den beiden Vorjahren?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie eine Änderung von § 17 Abs. 4 Satz 5 Kinderbildungsverordnung (AVBayKiBiG) vorgesehen hat, mit der die Überschreitung des Anstellungsschlüssels oder die Unterschreitung der Fachkraftquote ohne Angabe von Gründen für bis zu drei Kalendermonate pro Jahr unberücksichtigt bleiben kann, wenn ja, warum soll der Paragraph entsprechend geändert werden und inwiefern trägt diese Änderung zu

einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kitas und einer Entlastung des pädagogischen Personals in den Einrichtungen bei?

Franz Bergmüller
(AfD)

Da auf der letzten Sitzung des Kreistags im Landkreis Altötting die Verantwortlichen den Kreisräten vorrechneten, dass der für den eigenen Wirkungsbereich aufgestellte Kreishaushalt mit mehreren Millionen Euro pro Jahr durch Aufgaben belastet wird, die die Staatsregierung den Kommunen im übertragenen Wirkungsbereich zur Erledigung aufgibt, aber innerhalb der im übertragenen Wirkungsbereich vorhandenen Ressourcen gar nicht abarbeiten kann (sh. ¹, frage ich die Staatsregierung, wie groß der jährliche Anteil von den Geldbeträgen ist, die die Staatsregierung in jedem der Jahre seit 2015 vom Bund erhalten hat und die dem Zweck dienen, dass der „Bund den Kommunen erhebliche Mittel für die Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen bereitgestellt hat“ im Vergleich zu dem Anteil, den die Staatsregierung davon an die Kommunen in Bayern für dieselbe Arbeit tatsächlich weitergeleitet hat, wie berechnet und kompensiert die Staatsregierung den tatsächlich anfallenden finanziellen, personellen und materiellen Aufwand der Kommunen, der den Landkreisen, Städten und Gemeinden dadurch entsteht, dass Letztere vorgenannt abgefragten Aufgaben der Staatsregierung erledigen, für deren Erledigung die Staatsregierung entweder gar keine eigenen Kräfte vorsieht, oder für deren Erledigung zu geringe eigene Kräfte und Ressourcen vorgesehen sind und um welche Summen handelt es sich bei den abgefragten und von den Kommunen für die Staatsregierung erbrachten Leistungen für Bayern, Oberbayern und die Landkreise Rosenheim und Altötting in jedem der abgefragten Jahre?

Martin Böhm
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der Staatsregierung über den Cyberangriff auf die Zentrale Abrechnungsstelle für den Rettungsdienst Bayern GmbH (ZAST) bekannt, welche Daten wurden gestohlen, kompromittiert oder gelöscht und welche Maßnahmen werden ergriffen, um solche Vorfälle zukünftig zu verhindern?

¹ <https://www.dstgb.de/themen/asyl-und-fluechtlinge/aktuelles/uebernahme-der-fluechtlings-und-integrationskosten-durch-den-bund/>

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum legt sich die Bayerische Eisenbahngesellschaft für das Los 2 laut Vorinformation ² im EU-Amtsblatt vom 11.04.2023 bei der Beauftragung eines Dienstleisters mit der Beschaffung von neuen Fahrzeugen zur Erbringung von SPNV-Leistungen im heutigen Netz Expressverkehr Nordostbayern auf Neigetechnikfahrzeuge, für deren elektrischen Antriebsstrang eine Energieversorgung wahlweise aus Akku, Wasserstoffbrennstoffzelle und Oberleitung mit der gleichzeitigen Möglichkeit der Energierückspeisung vorzusehen ist, fest und nicht auf eine andere Technik mit CO₂-freien und emissionsfreien Antrieb, mit der die geplanten Fahrzeiten eingehalten werden können, mit welchen neuen Neigetechnikfahrzeugen sollen die Leistungen für das Los 1 laut Vorinformation ab 12/2029 erbracht werden und wo wurde das „Kernlastenheft Neigetechnik“ veröffentlicht?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis zu welcher Tiefe bzw. welchem Grundwasserstockwerk werden Brunnen für Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen in der Bergheimer Mulde üblicherweise genehmigt, wie begründet die Staatsregierung, dass mindestens ein für die Wasserentnahme zu landwirtschaftlichen Zwecken gebohrter Brunnen in der Bergheimer Mulde tiefer als 140 m ist und bis in das dritte Grundwasserstockwerk und damit in das Tiefengrundwasser hineinreicht, obwohl der Bewässerungsbedarf nur aus dem oberflächennahen Grundwasser gedeckt werden soll (laut den Handlungsempfehlungen des Landesamts für Umwelt) und wann wurde dieser außergewöhnlich tiefe Brunnen das letzte Mal von den zuständigen Behörden vor Ort kontrolliert, um sicherzugehen, dass alle Auflagen erfüllt werden (z. B. Schutz vor Verunreinigungen des Wassers, keine Überschreitung der Absenckziele und keine Düngung im Abstand von fünf Metern um den Brunnen)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen will sie ergreifen, um den Sanierungsstau von rund 1,8 Mrd. Euro im Bereich der öffentlichen Schwimmbäder abzubauen, inwiefern haben in dieser Sache seit dem CSU-Parteitag am 06.05.2023, an dem der Ministerpräsident Dr. Markus Söder weitere Maßnahmen zum Bädererhalt in Bayern ausgelobt hat, Gespräche zwischen dem zuständigen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter (Plenum vom 11.05.2023: „Ich kann Ihnen versichern: Wir werden bei dem Thema mehr machen. Wir werden das jetzt seriös ausarbeiten. Wir werden mit allen Ministerien darüber sprechen.“) und Ministerpräsident Dr. Markus Söder bzw. anderen Staatsministerien stattgefunden und plant die Staatsregierung weitere Schritte, um Schwimmunterricht an Bayerns Schulen sicherzustellen, wie er im Lehrplan verankert ist?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete sind in den Flüchtlingsunterkünften in Bayern untergebracht (bitte nach Mo-

² <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:217170-2023:TEXT:DE:HTML&src=0>

GRÜNEN)

naten Januar bis Mai 2023 auflisten und nach Unterkunftsarten ANKER-Einrichtungen und Dependancen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Unterkünfte sowie Regierungsbezirke auflisten), wie viele Geflüchtete aus der Ukraine leben aktuell in den Unterkunftsarten ANKER-Einrichtungen und Dependancen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Unterkünfte (bitte nach Regierungsbezirken auflisten), wie viele Personalstellen sind für die Asyl- und Integrationsberatung vorgesehen und tatsächlich besetzt (bitte nach Unterkunftsarten ANKER-Einrichtungen und Dependancen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Unterkünfte sowie Regierungsbezirke auflisten)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geschäfte des Einzelhandels haben in Bayern seit 2019 geschlossen (bitte pro Jahr angeben), wie viele Geschäfte wurden im selben Zeitraum neu eröffnet, mit wie vielen Geschäftsaufgaben rechnet die Staatsregierung für das laufende Jahr?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler in den Schuljahren 2020 bis 2023 in Bayern nach den bisher übermittelten Ergebnissen jeweils die Abiturprüfungen erfolgreich bzw. nicht erfolgreich abgelegt haben (bitte schriftliche und mündliche Durchschnittsnoten für die verschiedenen Abiturprüfungsfächer und Häufigkeit der erzielten Abiturgesamtschnitte zwischen 1,0 und 4,0 einzeln aufführen), wie viele Schülerinnen und Schüler nach den bisher übermittelten Ergebnissen im Vergleich zu den Vorjahren (bitte die Daten analog für die Abiturprüfungen 2020 bis 2022 angeben) eine mündliche Zusatzprüfung bzw. „Nachprüfung“ in den jeweiligen Fächern in den einzelnen Punktebereichen von 0 bis 15 Punkten abgelegt haben und wie die Schülerinnen und Schüler bei ihren belegten und eingebrachten Halbjahresleistungen in den einzelnen Fächern für die Qualifikationsphasen 11/1 bis 12/2 im Vergleich zu den Vorjahren und zu den Ergebnissen in den jeweiligen Abiturprüfungen jeweils abgeschnitten haben (dazu bitte Anzahl der angemeldeten Ersatzprüfungen in den Jahren 2021 bis 2023 und bereits bekannte Ergebnisse zur Teilnahme nach Fächern gegliedert angeben sowie für die Jahre 2011 bis 2023 den bayernweiten Notendurchschnitt der jeweiligen Einzelfächer in der Qualifikationsphase 11/1 bis 12/2 – gegliedert nach belegt und eingebracht – angeben)?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, liegt eine Anfrage der Firma Metrans für das Tanklager Krailling bei der Regierung von Oberbayern vor, wie lautet diese und wie ist der Bearbeitungsstand?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angeht es die Staatsregierung, angesichts der in Unterfranken durch gemeinsame Recherchen von Bayerischen Rundfunk und Mainpost bekannt gewordenen Lücken bei den Erkenntnissen über Grundwasserentnahmen und -entnahmestellen und im Blick auf örtliche Erkenntnisse (u. a. im Landkreis Würzburg), dass es einzelne Brunnen – zum Teil noch in Betrieb – gibt, die ganz oder teilweise ins zweite oder gar ins dritte Grundwasserstockwerk (sog. Tiefengrundwasser) gebohrt wurden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Brunnen in Un-

terfranken, die nicht Trinkwasser-, Mineralwasser- oder Heilwasserzwecken dienen sowie tiefere Grundwasserschichten angebohrt haben, sind Ihr oder nachgeordneten Behörden bekannt (bitte tabellarisch aufgeschlüsselt nach Landkreis, in Betrieb oder nicht in Betrieb, Zweites oder Dritte Grundwasserstockwerk reichend, bekannte Entnahmemengen in 2021 und 2022 und Genehmigungssituation, also „befristet bis“ oder „unbefristet“), wie viele ungenehmigte bzw. Brunnen mit erloschener Genehmigung oder vorgeblich stillgelegte, aber noch nicht zurück gebaute Brunnen in tieferen Grundwasserschichten sind der Staatsregierung und den nachgeordneten Behörden in Unterfranken bekannt (bitte tabellarisch aufgeschlüsselt nach Landkreis, ins Zweite oder Dritte Grundwasserstockwerk reichend und ungenehmigt eingerichtet oder abgelaufener Genehmigung oder erloschener Genehmigung) und wie stellt die Staatsregierung und ihre zuständigen Behörden rechtlich und tatsächlich sicher, dass es keine weiteren zusätzlichen Entnahmen von Grundwasser aus den tieferen Grundwasserstockwerken in Unterfranken gibt?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sind gemäß Änderung § 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3, 2. Halbsatz Schülerbeförderungsverordnung (SchBefV) rückwirkend zum 28.04.2023 zur Ermittlung des Beförderungsaufwands im allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr lediglich die Tarife von nicht bundesweit gültigen Monatskarten für den betreffenden Personenkreis heranzuziehen, obwohl ein bundesweit gültiges Jahres- oder Monatsticket zum Pauschalpreis eingeführt wurde, welches in den meisten Fällen dem Kriterium des geringsten Beförderungsaufwandes genügt, erhalten alle Schülerinnen und Schüler, deren Schulweg bislang für sie kostenfrei, aber tariflich teurer als 49 Euro pro Monat war, ab sofort im Zuge der Schulwegkostenfreiheit auch das deutschlandweite 49-Euro-Ticket und wie verhält es sich bei Schülerinnen und Schülern, deren Ticket bislang aufgrund des fehlenden Kriteriums des geringsten Beförderungsaufwandes nicht erstattet wurde, wenn nun das 49-Euro-Ticket sowohl zur besuchten als auch zur fiktiven nächstgelegenen Schule das günstigste ist?

Harald Güller
(SPD)

Nachdem es die gesetzlich zuständige Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) in den letzten Wochen – und offenbar auch aktuell – nicht geschafft hat, eine Vielzahl von Schichten von Notärzten (z. B. an den Standorten Aichach, Dillingen, Nördlingen, Schwabmünchen und Zusmarshausen) zu besetzen und dadurch für die Versorgung der Menschen in diesen Regionen jeweils große Lücken bei der notärztlichen Versorgung und damit verbunden eine akute Gefährdung der Gesundheit entstanden ist, frage ich die Staatsregierung ob und ggf. wie sie aufsichtsrechtlich tätig geworden ist, ob sie für die Zukunft plant, die KVB bei weiteren massiven Ausfällen von ihrer Aufgabe zu entbinden und wie viele Schichten an den genannten Standorten konkret seit 24.04.2023 nicht besetzt waren?

Martin Hagen
(FDP)

Gemäß Koalitionsvertrag „Für ein bürgernahes Bayern“ haben sich die Regierungsfractionen zum Ziel gesetzt, den Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen im staatlichen Fuhrpark bei geeigneten Fahrzeugen auf 20 Prozent zu erhöhen (vgl. S. 49), weswegen ich die Staatsregierung frage, wie hoch der Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen im staatlichen Fuhrpark in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 jeweils war (bitte um Angabe pro Jahr in Prozent), wie hoch der Anteil der Elektroautos an der Gesamtflotte insgesamt ist (bitte um Angabe des Status quo samt Erhebungsdatum) und was die Staatsregierung seit dem Jahr 2018 unternommen hat, um den Anteil einer klimaneutralen Flotte zu erhöhen?

Prof. Dr. Ingo Hahn
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass die Niederlande jüngst die Turbinen von Windparks vorübergehend abgeschaltet haben, um Zugvögeln einen sicheren Durchzug zu ermöglichen, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Gefahr der tödlichen Verletzungen für Zugvögel durch Windparks generell einschätzt, welche Gefahr konkret für die bayerische Vogelwelt besteht, wenn immer mehr Windenergieanlagen in Bayern entstehen sollen, und was ein häufiges Abschalten der Anlagen aus Vogelschutzgründen wie in den Niederlanden für die Sicherheit der Stromversorgung in Bayern bedeuten würde?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe liegen vor, dass die Verantwortlichen der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen eine Beauftragung der „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts“ (die sogenannte Limbach-Kommission) im umstrittenen Fall des Picasso-Bildes „Madame Soler“ ablehnen, welche Kontakte der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen mit der Erben-gemeinschaft aus Nachfahren des jüdischen Bankiers Paul von Mendelssohn-Bartholdy haben bisher stattgefunden (bitte mit Angabe der jeweiligen Ergebnisse) und wie schätzt die Staatsregierung den Streitfall um das Picasso-Gemälde vor dem Hintergrund ein, dass die Forderung nach Restitution inzwischen über bundesdeutsche Grenzen hinweg öffentlichen debattiert und Bayern beschuldigt wird, die „Washingtoner Erklärung“ vom Dezember 1998 nicht umzusetzen?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung ob es eine überarbeitete Version des bayerischen Influenzapandemieplans mit Stand 15.02.2020 (bitte als Anhang beifügen) gibt, wann wurde und wird der bundesweite und insbesondere der bayerische Pandemieplan be- und überarbeitet und werden die Erkenntnisse der Staatsregierung während der Coronavirus-Pandemie dabei angewendet (bitte ggf. Art und Weise der Anwendung angeben)?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Einrichtungen in Bayern wird ein WLAN-Zugang bereitgestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Art der Unterkunft (Ankerzentrum, Dependance, Gemeinschaftsunterkunft), Gesamtanzahl und davon mit WLAN-Aufzählung), in wie vielen Einrichtungen in Bayern

wird eine Sozialbetreuung vor Ort bzw. per Telefon bereitgestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Art der Unterkunft (Ankerzentrum, Dependance, Gemeinschaftsunterkunft), Gesamtanzahl und davon mit Sozialbetreuung vor Ort bzw. Sozialbetreuung per Telefon-Aufzählung) und welche Betreuungsschlüssel werden für die Betreuung eingeplant und werden aktuell eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk, Art der Unterkunft [Ankerzentrum, Dependance, Gemeinschaftsunterkunft])?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Angesichts des Verdachts auf Untreue (vgl. Artikel „Dem Studentenwerk München droht Ärger“ des Münchner Merkurs vom 16.05.2023) frage ich die Staatsregierung, inwieweit sie von den überhöhten Zahlungen an den ehemaligen stellvertretenden Geschäftsführer des Studierendenwerks München wusste (bitte unter Angabe des genauen Datums, seitdem der Staatsregierung der Verdacht auf Untreue bekannt ist), in welchem Umfang die Staatsregierung bei der Besetzung des Postens des stellvertretenden Geschäftsführers eingebunden gewesen war und welche Schritte die Staatsregierung bislang ergriffen hat, um dem Verdacht der Untreue nachzugehen (bitte Nennung des genauen Vorgehens unter Angabe einer Zeitschiene)?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welcher Methodik (z. B. Kartieranleitung etc.) wurden die in der Verordnung zur Ausführung der Bayerischen Wolfsverordnung (AVBayWolfV) dargestellten Karten (Anlagen 1 bis 30) erstellt (bitte detailliert darstellen), nach welchen Bewertungsparametern wurden einzelne Flurstücke/Flächen als „nicht schützbares Weidegebiete“ oder „nicht zumutbar zäunbare naturräumliche Untereinheiten“ eingestuft (bitte mit Übermittlung eines Datensatzes [ggf. im GIS-Format], aus dem dies flurstückscharf ersichtlich wird) und was versteht die Staatsregierung konkret unter „ernsten landwirtschaftlichen oder sonstigen ernsten wirtschaftlichen Schäden“ (§ 2 Abs.1 Satz 1 BayWolfV)?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass seit dem 01.08.2013 Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege haben, dass für die Grundschulen die Regelung der „verlässlichen Grundschule“ gilt, die für alle Kinder eine Betreuung bis 14 Uhr vorsieht, wobei jedoch in der Realität die Kinderbetreuungssituation in Bayern denkbar schlecht ist, sodass Eltern-Initiativen wie z. B. „Viel Lärm um Kidz“ davon berichten, dass unter anderem viele Kindertageseinrichtungen aufgrund des Personalmangels mit Schließzeitkürzungen, ganzen Schließtagen oder -wochen und/oder Gruppenschließungen reagieren müssen, dass das verbleibende Personal keine individuelle Förderung mehr leisten kann und Förderangebote vollständig wegfallen, sodass es Schulklassen ohne eigene Klassenleitung bzw. mit einer sehr eingeschränkten Klassenleitung gibt und Unterrichtsstunden massiv gestrichen werden, frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Kindertageseinrichtungen im

Bezirk Mittelfranken kam es aufgrund des Personalmangels seit September 2022 zu Verkürzungen der Betreuungszeiten und/oder Ausbleiben von Förderangeboten, in wie vielen Grundschulen im Bezirk Mittelfranken ist eine Betreuung für alle Kinder bis 14 Uhr an allen Schultagen durchgängig möglich, und in wie vielen Grundschulen im Bezirk Mittelfranken kam es seit September 2022 zu Unterrichtsausfällen oder anderen bildungsschädlichen Umständen, weil ansonsten wegen der Personalknappheit die Betreuungspflicht nicht gewährleistet wäre (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten angeben)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, in welchem Monat sie plant, eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich einzureichen, ob sie diese mit Hessen gemeinsam einreichen möchte und was nach aktuellem Stand die Hauptkritikpunkte für die Klage der Staatsregierung beim Bundesverfassungsgericht sind?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, bis wann wird sie sicherstellen, dass keine Entnahme von Grundwasser aus den zweiten und dritten Grundwasserstockwerken für landwirtschaftliche Zwecke in ganz Bayern mehr stattfinden wird, für welche ungenehmigten oder stillgelegten Brunnen in der Bergheimer Mulde wurden Anordnungen zum Rückbau in den letzten fünf Jahren erlassen (bitte Angabe der Brunnen und Stand der Umsetzung) und wann werden die nach einem Runden Tisch zum Thema Grundwasserentnahmen in der Bergheimer Mulde mit Vertretern des Landratsamtes Würzburg, des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg und der Polizeiinspektionen Würzburg-Stadt und Würzburg-Land im März 2023 angekündigten Maßnahmen zur Kontrolle der Wasserentnahme, insbesondere der Einsatz von digitalen Wasserzählern, umgesetzt?

Sebastian Körber
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bedienstete des Freistaates Bayern nutzen das Angebot des „JobBike Bayern“ (vgl. ³) (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Behörden sowie mit Unterscheidung zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten), wie viele dienstliche Fahrräder sind im Besitz des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) sowie den Behörden im Geschäftsbereich des StMUV (vgl. ⁴) und wo werden diese dienstlichen Fahrräder überwiegend eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Landkreisen)?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie häufig wurden Pflegekonferenzen im Sinn des Art. 77a Abs. 2 Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) abgehalten, welche Empfehlungen wurden hier an Staatsministerium für Gesundheit und Pflege abgegeben und wie unterstützt die Staatsregierung hier die Vernetzung bzw. die Umsetzung der Empfehlungen?

Sanne Kurz Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Kultureinrich-

³ <https://www.radoffensive.bayern.de/jobbike/index.php>

⁴ <https://www.bayern.de/glauber-klimaschutz-auf-zwei-rdern-umwelt-und-verbraucherschutzministerium-als-fahrradfreundlicher-arbeitgeber-ausgezeichnet/>

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

tungen (inklusive staatliche Kulturbauten / staatliche Kulturorte / staatliche Ausbildungsstätten für den Kulturbereich) im Gebiet der Landeshauptstadt München werden in den nächsten fünfzehn Jahren wegen Sanierungen ihrer Häuser in Interimsspielstätten, Interimsräumlichkeiten oder Interimsquartiere umziehen müssen (bitte mit tabellarischer Angabe der bekannten Bedarfe sowie des bereits feststehenden bzw. voraussichtlichen Zeitpunkts), mit welchen Stellen des Bundes, des Bezirks Oberbayern, der Landeshauptstadt München, der Umlandkommunen und privaten Eigentümern und Eigentümerinnen, Betreibern und Betreiberinnen sowie Vermietern und Vermieterinnen wurde dazu bisher Kontakt aufgenommen bzw. sind Gespräche geplant und welche einzelnen Liegenschaften, Räume oder Immobilien, die als Interimslösung in Frage kommen, wurden bisher geprüft bzw. werden Gegenstand der Gespräche sein (bitte jeweils mit tabellarischer Nennung der Liegenschaft, des Eigentümers bzw. der Eigentümerin und der erforderlichen Baumaßnahmen vor Nutzung als Interim, soweit absehbar)?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Landkreisen oder kreisfreien Städten je Regierungsbezirk ist kein Angebot an stationären oder ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs vorhanden, wie viele stationäre oder ambulante Einrichtungen zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs gibt es in Bayern (bitte nach Regierungsbezirk auflisten) und wie viele Einrichtungen bzw. Kliniken führen Schwangerschaftsabbrüche nach Beratungsregel, also ohne medizinische Notwendigkeit und nicht infolge einer Vergewaltigung, durch (bitte nach Regierungsbezirk auflisten)?

Stefan Löw
(AfD)

Vor dem Hintergrund der teilweise problematischen notärztlichen Situation in Bayern und einer möglichen Entlastung durch den sog. Telenotarzt, frage ich die Staatsregierung, wie derzeit der Fahrplan zur Inbetriebnahme für den Telenotarztstandort Ostbayern und die geplanten beiden weiteren Standorte ist, was die detaillierten Gründe für die Verzögerungen bei der Vergabe der Systemtechnik für die Telenotarztstandorte sind und welche personellen bzw. organisatorischen Änderungen in der Staatsregierung hierfür mitverantwortlich sind?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche importierten Antibiotikasäfte zur Versorgungssicherheit in Bayern eingeführt wurden, warum diese Antibiotikasäfte für Kinder in Bayern bisher nicht zugelassen wurden und welche Maßnahmen die Staatsregierung plant, um eine solche Knappheit von Antibiotikasäften für Kinder in Bayern in der Zukunft zu vermeiden?

Christoph Maier
(AfD)

Anlässlich des heute (22.05.2023) verliehenen Integrationspreises frage ich die Staatsregierung, wie viele Einrichtungen (Vereine, Organisationen, Unternehmen) Mittel aus dem Staatshaushalt für Aufgaben im Bereich Integration in den vergangenen drei Jahren erhalten haben (bitte nach Organisationsstruktur und Jahr aufschlüsseln), wie hoch die Summe der Mittel aus dem Bayerischen

Staatshaushalt an diese Einrichtungen in den vergangenen drei Jahren war (bitte nach Organisationsstruktur und Jahr aufschlüsseln) und in welcher Höhe Mittel aus dem Bayerischen Staatshaushalt für Preise im Bereich Integration in den vergangenen drei Jahren ausgegeben wurden (bitte nach Jahr und Preis aufschlüsseln)?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie groß der Umfang der beantragten Hilfsleistungen aus jeweils dem Bayerischen Bürger-Härtefallfonds und aus der Bayerischen Energie-Härtefallhilfe für Unternehmen ist (bitte jeweils Anzahl der Anträge, der beantragten Gesamtsumme und der bereits genehmigten Gesamtsumme angeben), wie hoch die seit dem 01.01.2022 bereits geleisteten finanziellen Hilfs- bzw. Unterstützungsleistungen des Freistaates Bayern im Zusammenhang mit der Energiekrise an jeweils in Bayern befindliche Kliniken und Krankenhäuser in öffentlicher Hand, Stadtwerke und Energieversorger in öffentlicher Hand, Bildungseinrichtungen in öffentlicher Hand (bitte je Empfängerkategorie die ausgezahlte Gesamtsumme und, falls möglich, die Art der Hilfs- bzw. Unterstützungsleistung angeben) sind und wie groß der Umfang der an bayerische Antragsteller bereitgestellten Kredite der KfW-Förderbank und der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit der Energiekrise ist (falls möglich, bitte je Krisenzusammenhang die Anzahl der Kreditanträge, der beantragten Gesamtkreditsumme und der bereits genehmigten Gesamtkreditsumme angeben)?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange es gedauert hat, bis die Familienstiftung des verstorbenen Knorr-Bremse Unternehmers Heinz Hermann Thiele von bayerischen Behörden genehmigt wurde (bitte hierbei auch die übliche Durchschnittsdauer für die Genehmigung einer Familienstiftung in Bayern angeben), welche Bedenken es seitens der bayerischen Behörden gab, die Stiftung trotz der bekannten und andauernden Streitigkeiten um das Erbe zu genehmigen und ob Vertreter der Staatsregierung mit der Regierung von Oberbayern wegen dieser Causa Kontakt hatten?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Imker in Bayern nach ihrer Kenntnis von einer Bienengift-Allergie betroffen sind, welche Informationsportale und Beratungsmöglichkeiten gibt es für Betroffene und welche Behandlungsmöglichkeiten gibt es neben einer Allergie-Immuntherapie?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verkehrsverbünde im Freistaat Bayern das 29-Euro-Ticket für Studierende einführen werden, zu welchem Zeitpunkt die Einführung jeweils geschehen wird und wie mit dem denkbaren Fall umgegangen wird, sollte sich durch eine spätere Einführung des 29-Euro-Tickets eine Versorgungslücke zwischen dem Geltungszeitraum des Semestertickets und der Einführung des 29-Euro-Tickets ergeben??

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der im Landkreis Hof geplanten „Frankenwaldbrücken“ frage ich die Staatsregierung, welchen Einfluss die

GRÜNEN)

nicht vollständige vorgesehene Barrierefreiheit auf die RÖFE-Förderzusage der Staatsregierung hat, ob ein Förderantrag für die Fußgängerhängebrücken inzwischen eingereicht wurde (bitte beantragte Zuwendungshöhe angeben) und ob, angesichts der bereits gestiegenen Gesamtkosten, die Gesamtfinanzierung des Vorhabens nach Punkt I.5.8 der RÖFE-Richtlinien weiterhin gesichert ist?

Franz Josef Pschierer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Bedingungen sie eine Privatisierung der BayernLB für sinnvoll erachtet, welche Gespräche Staatsminister oder Staatssekretäre der Staatsregierung innerhalb des letzten Jahres geführt haben, die eine mögliche Privatisierung der BayernLB oder Teile von ihr zum Thema hatten, und inwiefern die BayernLB, die BayernLabo und die DKB (auch mit ihren Geschäften außerhalb Bayerns) jeweils Aufgaben im Rahmen der Strukturpolitik des Freistaates Bayern wahrnehmen, die eine staatliche Beteiligung zwingend erfordern?

Doris Rauscher
(SPD)

Nachdem sowohl die Mittagsbetreuung als auch die offenen Ganztagschulen wichtige Angebote der Schulkindbetreuung und in dieser Hinsicht auch in Bayern wichtige Säulen des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern sind und Träger der entsprechenden Angebote jedoch darauf hinweisen, dass die Fördersummen für beide Angebote – die Mittagsbetreuung und die oGTS-Angebote – dringend angepasst werden müssen, da es sonst fraglich sei, ob bestehende Angebote ausgebaut oder sogar erhalten bleiben können, frage ich die Staatsregierung, ob sie diese Einschätzung, wonach es einer deutlichen Erhöhung der Fördersumme bei den oGTS-Angeboten um 32 Prozent und bei der verlängerten Mittagsbetreuung um mindestens 100 Prozent, teilt, falls diese Einschätzung nicht geteilt wird, wie hoch die Staatsregierung den jeweiligen Mehrbedarf einschätzt und ob eine Erhöhung der Fördersumme grundsätzlich geplant ist?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Sprengungen von Geldausgabeautomaten wurden im Freistaat Bayern in den Jahren 2017 bis heute bei den Sparkassen verzeichnet (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie hoch waren die Schäden an Automaten und Gebäuden bei den abgefragten Sprengungen und wie hoch war die Gesamtsumme der Beute (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem in der Anfrage zum Plenum am 13.02.2023 (Drs. 18/27448) von der Staatsregierung zur Wiedervernässung des Schwarzen Moors in der Rhön ausgeführt wurde, dass Maßnahmen, die einen eindeutig positiven Effekt auf den Wasserhaushalt des Moores haben, unabhängig vom Stand der Gutachtenerarbeitung so bald wie möglich umgesetzt werden, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen mit positivem Effekt auf den Wasserhaushalt des Moores werden oder wurden in diesem Jahr umgesetzt, welche Aufträge zur Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen wurden erteilt oder sollen demnächst erteilt werden und welche Behörde hat die Federführung bei der Umsetzung

| | |
|---|---|
| Stephanie Schuhknecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | dieser schnell wirkenden Maßnahmen? |
| Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Bezugnehmend auf meine Schriftliche Anfrage vom 09.03.2023 betreffend „Photovoltaik auf staatlichen Liegenschaften in Augsburg“ (Drs. 18/28149) frage ich die Staatsregierung, welche staatlichen Liegenschaften in Augsburg sind aus Sicht der Staatsregierung nicht für Photovoltaik geeignet (bitte einzeln und mit jeweiliger Begründung auflisten), wie sieht der konkrete Zeitplan für die Realisierung weiterer PV-Anlagen auf den geeigneten aber noch ungenutzten Liegenschaften aus (bitte einzeln mit Planungsstand bzw. geplanter Inbetriebnahme auflisten) und welchen Zeitplan hat die Staatsregierung, um die nach Aussage der Staatsregierung geschätzt maximal möglichen 1 000 kW Peak auf den Liegenschaften zu realisieren (bitte nach Jahren und erreichter Leistung bis zum Maximum auflisten)? |
| Anna Schwamberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bargeldabhebungen in welcher Höhe fanden im Zusammenhang mit dem „Black-Steel“-Ermittlungsverfahren an welchen bayerischen Banken statt, bevor diese jeweils eine Verdachtsanzeige gestellt hatten? |
| Gisela Sengl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge mit welcher Verfahrensdauer auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen der reglementierten Gesundheitsberufe (Gesundheits- und Krankenpflegerin bzw. -pfleger, Arzt/Ärztin, Physiotherapeutin bzw. -therapeut, Zahnarzt/Zahnärztin, Apothekerin bzw. Apotheker, Hebamme/Entbindungspfleger, Medizinisch-technische Laboratoriumsassistentin bzw. -assistent, Gesundheits- und Kinderpflegerin bzw. -pfleger, Altenpflegerin bzw. -pfleger) gingen von 2018 bis heute ein (tabellarisch darstellen mit Jahr, Antragsanzahl, Beruf, Verfahrensdauer), wie begründet die Staatsregierung die lange Verfahrensdauer im Gegensatz zu anderen Bundesländern und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um den Anerkennungsprozess in Bayern zu verkürzen oder zu verbessern? |
| Florian Siekmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie, dass es beim Kabinettstermin am 02.05.2023 in Wunsiedel, das Teil der Öko-Modellregion Fichtelgebirge ist, keine Bio-Verpflegung gab, welche Kriterien bzw. Standards gibt es für das Catering der Staatsregierung, in der Staatskanzlei oder auswärts und gibt es bei staatlichen Veranstaltungen, Sitzungen oder Terminen in einer Öko-Modellregion Vorgaben bezüglich des Caterings / der Verpflegung für eine Zusammenarbeit mit der Öko-Modellregion? |
| Ulrich Singer | Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen waren im Wintersemester 2022/2023 in München als Studierende immatrikuliert, wie viele Wohnheimplätze für Studierende bestehen derzeit beim Studierendenwerk München (ohne Rosenheim und Freising) und wie viele dieser Plätze sind aktuell auf Grund von Sanierung, Renovierung oder weiteren Gründen nicht belegbar? |
| Ulrich Singer | Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder mit Behinderung in den bayerischen Kitas betreut werden, wie viele davon Kinder |

- (AfD) von Asylbewerbern sind und wie viele (in Bezug auf die erste Teilfrage) davon haben eine körperliche bzw. eine geistige Behinderung?
- Christoph Skutella**
(FDP) Vor dem Hintergrund des Gutachtens des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zur BayWolfV („Zur Bayerischen Wolfsverordnung im Lichte des Bundesnaturschutzgesetzes und der FFH-Richtlinie“, Aktenzeichen WD 8 - 3000 - 027/23, siehe⁵), frage ich die Staatsregierung, wie sie das Gutachten bewertet und ob sie aufgrund der im Dokument aufgeworfenen Punkte eine Nachbesserung der BayWolfV plant?
- Dr. Dominik Spitzer**
(FDP) Im Februar 2022 wurde zum besseren Schutz von Pflegeheimbewohnern ein Fünf-Punkte-Plan beschlossen, welcher unter anderem ein externes Organisationsgutachten vorsieht, welches neutral und unabhängig die aktuelle Struktur, Organisation und den Personalbedarf der FQA sowie mögliches Verbesserungspotenzial aufzeigen soll, deswegen frage ich die Staatsregierung, wie der Inhalt des Gutachtens zum jetzigen Stand ist, wie mit den Ergebnissen verfahren werden soll und wann die endgültigen Ergebnisse dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zur Verfügung gestellt werden sollen?
- Diana Stachowitz**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele private und staatliche Fachakademien für Sozialpädagogik gibt es in Bayern (bitte differenziert nach staatlich und privat, aufgeteilt nach Regierungsbezirken mit Nennung der jeweiligen Kommune und Angabe der jeweiligen Kapazität angeben), wie viele Fachakademien für Sozialpädagogik wurden seit 01.01.2021 genehmigt (bitte in absoluten Zahlen angeben und differenziert nach staatlich und privat angeben) und wie vielen Fachakademien wurde eine Anerkennung in Aussicht gestellt?
- Ralf Stadler**
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, wurden gegen die Klimaaktivisten, die am 29.03.2023 die Angerstraße in 94034 Passau blockierten, Ermittlungsverfahren eingeleitet, wie viele Täter waren das und aus welchen Orten (Wohnsitze) kamen diese Personen (bitte auflisten)?
- Rosi Steinberger**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, welche Genehmigungen für die Entnahme welcher Wassermenge gibt es in Niederbayern jeweils für Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe sowie die öffentliche Wasserversorgung und bei welchen davon handelt es sich um die Genehmigung zur Entnahme von Tiefengrundwasser (wenn bekannt)?
- Martin Stümpfig**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, weshalb wird die Beteiligung von Kommunen an den geplanten Windkraftprojekten im Staatswald auf max. 24,9 Prozent begrenzt, wie viele Punkte erhält ein Projektierer im wettbewerblichen Auswahlverfahren zur Ermittlung der Vertragspartner für den Standortsicherungsvertrag zur Pla-

⁵ <https://www.bundestag.de/resource/blob/948810/a119882e410f64f4e5b90c2f5eac8021/WD-8-027-23-pdf-data.pdf>

nung, Errichtung und Betrieb von Windenergieanlage für eine hohe Bürgerbeteiligung und weshalb werden die wirtschaftlichen Aspekte in der Ausschreibung mit 62 von maximal erreichbaren 100 Punkten sehr hoch bewertet?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie will sie sicherstellen, dass die von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf im April angekündigte Anlaufstelle für Opfer von Missbrauch und sexualisierter Gewalt, die laut Pressemitteilung vom 18.05.2023 im August 2023 etabliert werden soll und Betroffene an bestehende Angebote weiterverweisen wird, auch die Opfer erreicht, deren Missbrauchserfahrungen Jahre zurück liegen, wie z. B. Opfer von sexualisierter Gewalt in Kirchen oder Sportvereinen und für die es derzeit nur sehr wenige oder keine passgenauen Beratungsangebote gibt, ist langfristig geplant eigene Beratungsangebote anzubieten und nicht lediglich auf bestehende Angebote zu verweisen und inwiefern wurden die Betroffenen bisher bei der Ausgestaltung der Pläne des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales eingebunden?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Krankenkassen nach ihrer Kenntnis von dem Cyberangriff auf eine Münchner IT-Firma betroffen sind, ob sie schon Kenntnis darüber hat, mit welchen Einschränkungen die Kunden zur Zeit rechnen müssen und wie lange Kunden nach Kenntnis der Staatsregierung mit Einschränkungen bei ihrer Krankenkasse rechnen müssen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wieso begreift sie die Reform des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) nicht als Chance, die Attraktivität von Arbeitsplätzen bei elementar wichtigen Einrichtungen, wie etwa dem Uniklinikum Erlangen und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, durch Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten, die dem 21. Jahrhundert gerecht werden, zu steigern (beispielsweise durch Bildungsurlaube und Freistellungsmöglichkeiten für Schulungen aber auch durch mehr Mitsprache im Betrieb), wieso sieht der Entwurf der Staatsregierung nicht Mitwirkungsmöglichkeiten vor, indem bspw. Art. 76 und 77 BayPVG mitbestimmungspflichtig werden, ein Mitbestimmungsrecht bei befristeten Einstellungen ohne Sachgrund eingeräumt wird oder aber die Beteiligung von Personalvertretung auch bei Beschäftigten der Tarifgruppen aller Eingruppierungen sichergestellt wird, wie es in anderen Bundesländern bereits der Fall ist, und wieso sieht der Entwurf der Staatsregierung ein zwangsweises Ausscheiden aus dem Personalrat vor, wenn bspw. Elternzeit von mehr als 12 Monaten genommen würde, was defacto die Mitwirkungsmöglichkeiten von Beschäftigten mit jungen Familien schwächt?